



# PRESSEINFORMATION

Herausgegeben vom Bund der Ev. Kirchen in der DDR  
- Pressestelle -  
Auguststraße 80, 1040 Berlin  
Telefon: 2 88 6 116  
Redaktion: Rolf-Dieter Günther

10.

5522 - 2786/89 II

Nr. 44/89

An die  
Redaktionen der kirchlichen Sonntagsblätter  
und u.a.

## W O R T   D E R   K O N F E R E N Z

Am 1. September dieses Jahres haben unsere Kirchen des Überfalls deutscher Truppen auf unser Nachbarland Polen vor 50 Jahren gedacht.

In ungezählten Familien dort sind die Erinnerungen an das unermessliche Leid ganz lebendig und die Wunden nicht verheilt. Dennoch sind wir dankbar, daß es zwischen Menschen unserer Völker einen Neuanfang gegeben hat. Doch die begonnene Versöhnung ist schon wieder bedroht.

Durch die neuen Zollbestimmungen sind auch für polnische Touristen die Möglichkeiten in der DDR einzukaufen beschränkt und sind die alten Vorurteile gegen die Polen belebt worden.

Dem gegenüber ist zu bedenken:

- Weil Deutsche den Krieg mit seinen verheerenden Folgen über unser Nachbarland Polen gebracht haben, war der wirtschaftliche Aufbau dort außerordentlich schwierig.
- Während Anfang der 80er Jahre unsere damalige Regierung die politische Erneuerung Polens mit Argwohn beobachtete, haben die aktiven Kräfte dort unter großen Opfern ein Beispiel gesetzt.

Aus diesen Gründen kommt es uns nicht zu, schon wieder überheblich über die Nachbarn zu urteilen. So wie es auch unter uns genügend egoistische Kräfte gibt, die die offene Grenze zu ihrem Vorteil ausnutzen, gibt es das natürlich auch dort.

Darum sollten wir alles tun, um das Verhältnis zwischen uns und unseren polnischen Nachbarn zu entspannen. Wir rufen alle Christen dazu auf, in unseren Gemeinden, in unseren Familien, in unserer Nachbarschaft und in der Öffentlichkeit deutlich allen Diffamierungen von polnischen Menschen entgegenzutreten.

Wir wollen Zeichen der Verbundenheit an polnische Familien und Gemeinden schicken.

Wir wollen in unseren Orten gern Gastgeber sein für polnische Arbeiter, die bei uns eingesetzt werden.

Wir wollen auch polnische Touristen freundlich begrüßen.

Unsere Regierung bitten wir, die getroffenen Maßnahmen und ihre Anwendung zu überprüfen, so daß Diskriminierung polnischer Bürger ausgeschlossen wird.

Das feierliche Gedenken dieses Jahres an den Kriegsanfang wird unglaubwürdig, wenn wir nicht beharrlich versuchen, den Weg der Verständigung und Versöhnung mit Polen fortzusetzen.

Frei zur Veröffentlichung  
USB.Nr. 1132/89